

Ostmärkische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.



Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonntags- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Aufstellungsgeld; für Thurn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelgenug (Belegblatt) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gepaltene Kolonelle oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gehalts, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf. (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Bestreuungs- und Hofens und durch Vermittlung 25 Pf.) für Anzeigen mit Photographie 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstube bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

(Thurner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thurn.“

Thurn, Sonnabend den 7. Dezember 1918.

Druck und Verlag der G. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thurn. Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thurn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einblendung reaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einblendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der abgewiesene Reichstagspräsident.

Eine höchst eigenartige Rolle haben bei dem hohen Umsturz in Deutschland die Reichstagsmehrheit und der Reichstagspräsident Fehrenbach gespielt. Unter dem fortgesetzten Hinweis darauf, daß sie, und nur sie allein, das Vertrauen des deutschen Volkes besitzen, hatte die Reichstagsmehrheit, unter höhnischer Ausschaltung der Minderheit, immer neue Rechte an sich gerissen, sodaß sie schließlich als die eigentliche und alleinige Regierung Deutschlands dastand. Umso merkwürdiger war es, daß man in den entscheidenden Tagen vom Reichstag und seinem Präsidenten nichts, aber auch gar nichts hörte. Scheidemann konnte aus einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Republik ausruufen, ohne daß der Präsident auch nur den Versuch gemacht hätte, gegen diesen Mißbrauch der Diensträume der Volksvertretung Widerstand zu leisten; nicht einmal nachträglich hat Herr Fehrenbach dies Auftreten Scheidemanns im Reichstagsgebäude gerügt, obwohl ihm nicht unbekannt geblieben sein kann, was auf den Anstaltsstarke der Straßenhändler in der Friedrichstraße urkundlich festgelegt ist. Der deutsche Reichstag und sein Präsident waren eben, trotz der Entscheidungsschwere jener Tage, nicht in der Reichshauptstadt und fanden sich auch nicht ein; die bereits in Aussicht genommene Sitzung wurde vielmehr einfach fallen gelassen. Fern vom Schuß, in Freiburg im Breisgau, erfuhr Präsident Fehrenbach, daß die Revolutionsregierung den Reichstag und damit ihn selber für abgetan ansah. Und auch das veranlaßte ihn nicht zu einer flammenden Rechtsverwahrung. Er begnügte sich mit einer bescheidenen Anfrage, ob der Reichstag noch als zu Recht bestehend anerkannt würde, und erhielt vom Ober-Volksbeauftragten Ebert die Antwort, die darauf zu erwarten war. Da sich indes einige der Abgeordneten wegen der fälligen Tagesgelder beunruhigt fühlten, tauchte Herr Fehrenbach schließlich doch noch in Berlin auf, um die Diätenrechnungen zu präsentieren. Aber auch diese Anwesenheit in dem entweihten Tempel der Volksvertretung benutzte der Herr Präsident nicht zu einer Tat oder auch nur einem Anlauf dazu. Er rief wohl die Parteiführer zusammen, aber lediglich, um ihnen darzulegen, der Boden der Reichshauptstadt sei zurzeit ein höchst gefährliches Pflaster, männiglich tue daher gut, sich dort nicht zu bemerkbar zu machen. Der Eindruck, den diese Veranstaltung auf jedermann machte, war der, der Herr Präsident wollte damit einigermaßen schicklich seine schleunige Wiederabreise nach der badischen Heimat begründen.

Jetzt indes, nachdem abermals einiges Wasser die Spree und die Dreifam hinabgeflossen ist, hat sich Herr Fehrenbach endlich zu einem Protest aufgeschwungen, und zwar gleich zu einer Doppel-Lundgebung gegen zwei Geleghenheiten, wie er es nennt. Statt der Genugtuung, die dies Vorgehen hervorgerufen müßte, veranlaßt es jedoch nur Allgemeines Kopfschütteln. Denn der Reichstagspräsident erhebt nicht etwa einen nachdrücklichen Einspruch gegen die Ausschaltung der Volksvertretung und die damit erfolgte Entrechtung des deutschen Volkes durch die Machthaber der Revolution, sondern lediglich dagegen, daß die augenblickliche Reichsleitung das Reichstagsbüro angewiesen hat, die Diäten für die Reichstagsabgeordneten nicht weiter auszugeben und ihre Eisenbahnfreikarten einzuziehen. Ob in der Verwahrung gegen diese Beeinträchtigung der Herren Volksvertreter eine besondere forensische Feindschaft des Rechtsanwalts Fehrenbach liegen soll, vermögen wir nicht zu sagen. Jedenfalls aber macht es einen sehr Kleinlichen Eindruck, daß man angesichts so ungeheurer Rechtsverletzungen, wie sie die Revolution mit sich bringt, in diesen trübsten Tagen des Vaterlandes von unserer Volksvertretung und ihrem Präsidenten weiter nichts hört, als die Erhebung von Ansprüchen auf den ihnen zustehenden Lohn für Arbeiten, die nicht geleistet, Aufwendungen, die garnicht gemacht worden. Man ist vielfach der Ansicht, daß dies der Würde des gewaltsam beseitigten Reichstages sehr wenig entspricht. Und die Befriedigung, die der Protest des Präsidenten nicht erweckt hat, ruft nun beinahe die Antwort der Diosturen Ebert-Haase hervor. Sie teilen Herrn

Fehrenbach kurzerhand mit, daß sie „zu den getroffenen Maßnahmen befugt seien und sie aufrecht erhalten“. Und da sie ausdrücklich betonen, daß „die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruhe“, so hat der Herr Präsident auf dem nicht gerade großartigen Wege über die ledige Tagesgeldderfrage zugleich den endgiltigen Bescheid über das Schicksal des Reichstages erhalten. Diese Schlappheit wenigstens hätte er der deutschen Volksvertretung ersparen können.

Wie man im französischen Generalstab denkt.

Ein Gewährsmann der „Deutschen Journalpost“, der dem Einzug der Franzosen in Straßburg und Metz beiwohnte, traf bei dieser Gelegenheit mit französischen Journalisten zusammen. Einer der Journalisten, der früher ein französisches Blatt in Berlin vertrat, stellte den deutschen Kollegen einem höheren Offizier aus dem Stabe des Marschalls Goch vor. Aus der sich entspinneenden Unterhaltung mit dem französischen Generalstabler, der offensichtlich zur Spionage- und Prähabteilung des französischen Generalstabes gehört, seien folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Der Franzose erklärte zunächst, daß man in etwa 14 Tagen in Berlin zu sein hoffe. Er verstehe nicht, wie man bei uns glauben könne, die französische Armeeführung werde sich eines Triumphes begeben, den die Deutschen 1871 in Paris bis zur Keige ausgekostet hätten. Der Weg nach Berlin liege offen; er sei außerdem für die Franzosen der kürzeste nach Polen und weiterhin nach Rußland. Zu den Polen, die immer Freunde der Republik gewesen seien, und die in Paris ihre geistige Hauptstadt erblickten, wolle man aus Sympathie zu den Russen als den Freunden von gestern.

Auf die Frage des deutschen Journalisten, ob etwa der deutsche Osten das Aufmarschgebiet der Entente gegen den russischen Bolschewismus werden solle, erwiderte der französische Generalstabler achselzuckend, daß er selbstverständlich die Pläne des Marschalls Goch nicht kenne, daß er aber nicht glaube, dieser werde auf halbem Wege stehen bleiben, nur weil es den Deutschen jetzt gefallen habe, eine Republik auszurufen, die morgen in Bolschewismus und übermorgen wieder in Cäsarismus übergehen könne. — Auf die Frage des deutschen Journalisten, daß die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung doch bereits angelegt seien, und daß man in Deutschland allgemein mit einer demokratisch-sozialistischen Mehrheit rechne, welche die Reaktion von rechts und den Terror von links niederzuschalten die Kräfte besitzen würde, rief der Franzose erregt aus: Das müssen Sie unseren Passifisten und anderen Weltbeglückern erzählen! Wir haben vier Jahre hindurch Ihre Disziplin und Organisation auf allen Gebieten kennen und fühlen gelernt. Und das sollte alles mit einem Male und für alle Zeiten zusammengebrochen sein zugunsten irgend eines Scheingebildes, einer radikalen Republik, wie sie bisher noch nie bestanden hat, und in der Revolutionäre und Bolschewisten andauernd um die Herrschaft streiten? Nein, mein Herr, wir sehen Ihre sogenannte Revolution nur als die größte Kappenidiade aller Zeiten an. Weil in Kiel ein Duzend Schiffsheizer Angst vor einem neuen Zweikampf der deutschen Flotte mit der englischen hatte und die Konjunktur für die Neuterer günstig war, haben Sie die Revolution infolge der Ereignisse in Bulgarien, der Türkei und Österreich, der Zurücknahme der Westfront, der massenhaften Desertionen und infolge der Einziehung Ihrer feige davon gelaufenen Reklamierten, vor allem aber dank Ihrer Etappe, die — vollgestreift, vollgelassen und vollgehamstert — nur das Interesse hatte, weiterhin das Eigentum unserer Landsleute und der armen Belgier heimzuführen und dort einen schwunghaften Handel damit zu treiben, haben Sie Ihre sogenannte Republik. Aber das nennen wir keine Revolution und keine Republik; denn es steht keine große Idee dahinter, sondern nur die blasse Furcht vor unserem Einmarsch! Sie wundern sich, daß wir mit Zorn und Mut bis an den Hals gefüllt sind. Ja, aber vergessen Sie denn ganz die vier Jahre der Vergewaltigung, der Brutalisierung, der Vernichtung unserer nördlichen Departements? Sie sagen mir, daß von Ihnen strenge Mannes-

sucht gehalten wurde, und daß wir neben verteilten Klagen auch unendlich viel Gutes hören würden. Gewiß! Aber am Ende wissen Sie auch, daß unseren Leuten nichts anderes übrig blieb, als schweigend zu bulden und gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Gibt es wirklich solche Phantasten bei Ihnen, die da glauben, man brauche jetzt nur auf Ihre veränderten politischen Verhältnisse hinzuweisen, um das alles vergessen zu machen? Ihre sogenannten Passifisten mögen, genau wie sie es schon während des ganzen Feldzuges taten, die Hände hochheben und versichern, daß sie den Krieg nicht gewollt hätten. Wir Militärs haben uns den tatsächlichen Stand der Dinge vor Augen zu halten und damit zu rechnen. Im übrigen scheint es uns, als ob auch bei Ihnen nur die Schwachen und Feigen die Passifisten waren, diese Leute, die aus Angst vor den „Frankhees“ auch bei uns immer zum Frieden rieten. Wir haben allen Respekt vor Ihrer Front, die bis zuletzt fest blieb und auch jetzt noch das Unabänderliche durch einen Appell an die abziehenden Armeen zu wandeln sucht. Aber es wird Ihnen nicht nützen! Ist es übrigens wahr, daß man bei Ihnen Versammlungen der Deserteure gestattet hat, und daß diese mauvais sujets im Verein mit den Reklamierten das große Wort in Berlin führen, daß aus ihren Reihen sich die sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte rekrutieren? Ja, habe, so fuhr der Generalstabler fort, in Ihren Zeitungen gelesen, daß auch bei uns der Bolschewismus triumphieren solle, und daß die englische Flotte Verbüderungsfeiern mit Ihren Seeleuten feiere. Glauben Sie kein Wort davon! Sie haben unsere Leute hier im Elsaß gesehen. Sie glauben vielleicht, daß wir hier die Elitetruppen einmarschieren lassen. Sie werden andere sehen in anderen Gebieten, die wir zu besetzen gedenken. Auch unsere schwarzen Truppen sind nicht in Marseille, wie es in Ihren Zeitungen heißt. Wir haben mehrere Regimenter zum Beweise dessen hierher dirigiert. Gewiß, man hat auch uns belogen, namentlich im Anfang, als unser Nachrichtendienst noch nicht so gut funktionierte. Aber seien Sie versichert, daß wir gegest haben allein durch unsere Kraft, unseren Willen, dies Land wiederzuholen, das uns gehört. Glauben Sie auch nicht, daß wir es Ihrem Herrn Liebknecht oder Monsieur Wetterlé verdanken, noch verdanken möchten. Die Sympathien der Lothringier und der „Alten“ unter den Essäern waren immer auf unserer Seite, und nachdem so viele Mißverständnisse, Schmerzen und Entbehrungen vorüber sind, wird man sich hier niemals für eine Plebiszit, sondern nur für den rückhaltlosen Anschluß an Frankreich entscheiden. Ihr Kaiser war nach unseren Informationen während des ganzen Krieges immer nur ein Gefangener seines Generalstabes über dessen Schredenregiment in Metzères Charleville wir ein sehr interessantes Werk in Händen haben. Es entkammt der Feder eines dortigen Abtes, der vom ersten Augenblick der Besetzung an Tagelange geführt hat und dem durch seine intimen Beziehungen zur Gesamtbevölkerung nichts Wesentliches entgangen ist. O, wir wissen, wie sich die Herren dort gegenseitig belogen, betrogen und bespitzelt haben. Es haben dort und anderwärts Verhältnisse geherrscht, über die wir noch deutlich mit Ihnen reden werden. Aber Ihren „Guillaume“ halten wir für den Harmlosesten. Wir hatten ein ganz anderes Bild von ihm vor dem Kriege, als wir es jetzt haben.

Auf die Frage des deutschen Journalisten, auf welchen Grundlagen der Generalstabler seine Reichen selbst die besten Informationen, und das ohne jede Aufforderung und ohne große Kosten, erhalten. Diplomaten, Professoren, Beamte, Industrielle, Künstler und auch Schriftsteller und Journalisten sind zu uns übergelaufen und uns stets zur Hand gegangen. Wir kannten den Stand der Dinge bei Ihnen sicher oft besser als Sie selber! — Auf die Bemerkung des Deutschen, daß die elßassischen, journalistischen und sonstigen Überläufer, wie Abbe Wetterlé, Hans, Weill u. a. m., keine genauere Kenntnis der Dinge in Altdéutichland hatten, erwiderte der Generalstabler: Wir besitzen eine Literatur, die von Ihren Konservativen bis zu Ihren republikanischen Sozialisten reicht. Ein Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ hat uns die schätzenswertesten Aufklärungen durch seine

Frau, eine entragierte Tschschin, über die politischen Verhältnisse im Reich, wie auch in der Türkei gegeben. Er war der Vertrauensmann der deutschen Botschaft in Konstantinopel und mit einem Paß des Herrn von Kühlmann versehen, ist er in voller Uniform als deutscher Offizier über die Schweizer Grenze zu uns gekommen. Auch aus Berlin sind Journalisten zu uns übergelaufen, Männer, die dort in liberalen Redaktionen saßen. Trotzdem haben wir nicht an einen so schnellen Zusammenbruch bei Ihnen geglaubt, weil erfahrungsgemäß Renegaten zu übertrieben betreiben. Wir haben die sonderbare Erscheinung erlebt, daß uns von allem Anfang an das Material unaufgefordert zuströmte, das Ihrem Generalstab ausgeblieben zu sein scheint. Der Abschluß, den man daraus auf den Charakter Ihrer Überläufer ziehen kann, ergibt sich von selbst. Der Franzose erklärte schließlich noch, daß man in allen besetzten Gebieten, also eventuell auch in Berlin, die Arbeiter- und Soldatenräte rücksichtslos beseitigen und allen Streik- und Putzschversuchen gegenüber mit den schärfsten Mitteln vorgehen werde. Unsere Hoffnung auf ein Eingreifen der Amerikaner sei eitel, die französische Heeresleitung habe sich plein pouvoir ausbedungen.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Dezember 1918.

Der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, sollte nach der „Post. Ztg.“ beabsichtigen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Die „Kreuzztg.“ dementiert die Nachricht.

Heute Nachmittag trat im Reichswirtschaftsamt die von den Volksbeauftragten berufene Kommission zur Vorberatung der Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben zusammen. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller beschäftigte sich die Kommission eingehend mit der Art ihrer Geschäftsführung und mit der Vorbereitung ihrer besonderen Arbeit.

Die Stuttgarter „Rote Fahne“ hat mit ihrer 13. Nummer ihr Erscheinen eingestellt.

Primtenau, 5. Dezember. In einer großen Volksversammlung, die hier stattfand, nahm Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein das Wort zu längeren Ausführungen und betonte, daß er unbeschadet seiner bisherigen politischen Tätigkeit bereit sei, im Rahmen seines Besitzes an der Ausführung von sozialpolitischen Aufgaben mitzuwirken. Er habe ja auch bisher diesen Fragen stets in Wort und Schrift großes Interesse gewidmet und sei schon seit 20 Jahren Anhänger des Achtfundend-Tages für die Industrie gewesen, soweit die Arbeiterschaft das Bestreben habe, in acht Stunden dasselbe zu leisten wie bisher in zehn Stunden.

Zürich, 5. Dezember. Von Nideggen kommend, sind hier gestern Abend englische Besatzungstruppen eingetroffen. Die englischen Bekanntschaften sind in Form und Inhalt viel entgegenkommender gehalten als die der Belgier. In dem Nachbarorte Schwäbeler ist heute die fremde Besatzung mit zwei Divisionsgenerälen und Stab sowie je einem belgischen Infanterie- und Artillerie-Regiment eingetroffen.

Düsseldorf, 4. Dezember. Die Absperrung des linksrheinischen Stadteils vom neutralen Stadtgebiet wird sehr streng durchgeführt. Die belgische Besatzung läßt niemand über die Rheinbrücke passieren. Diese solle durch Stachelstraß abgsperrt werden. Auf dem Hotel, in dem die belgischen Offiziere wohnen, weht die belgische Flagge.

Karlsruhe, 5. Dezember. Heute Vormittag sind hier mehrere Tausend Mann französischer Truppen eingerückt, darunter eine marokkanische Division.

Speyer, 5. Dezember. Nachdem bereits heute, vormittags 9 Uhr, ein Bortrupp von etwa 100 Mann eingerückt war, rückten um 12 Uhr weitere Besatzungstruppen und zwar das 51. Infanterie-Regiment und die 3. Genie-Kompagnie, zusammen etwa 1500 Mann, ein.

Die Aufteilung des Großgrundbesitzes.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt Oberpräsident von Batocki über die Aufteilung des Großgrundbesitzes und sagt: Die schärfsten Eingriffe der öffentlichen Gewalt müssen, wenn es im Inter-

esse des Volkes liegt, vorgenommen und getragen werden. Wenn man es aber für nötig und mit den Interessen der Volksernährung für vereinbar hält, Großbetriebe zu beseitigen, so muß man, ohne Rücksicht auf das einzelne Gut, Staatsdomänen oder Fideikomnisse oder freies Privatgut und diejenigen Güter zuerst heranziehen, die sich zur Bildung lebensfähiger Bauernstellen nach Lage, Boden, Vieheinreichtum usw. am besten eignen. Ob es zweckmäßig ist, auch die Güter, die sich einstweilen noch als Großbetriebe halten können, zu zerstückeln, und ob sich Arbeitskräfte genug finden, um die Gehöfte zu bebauen, und Bauern, um sie zu bewirtschaften, ist die Frage. Der Bauernberuf ist für manche Frau und Kinder einer der schwersten und härtesten, den es gibt. Das alles mögen die verantwortlichen Stellen entscheiden. Der Patriotismus der jetzigen Inhaber wird hoffentlich so groß sein, daß sie ihr Schicksal getrost abwarten und dann ähnlich wie die Bauern das Amt, ihren landwirtschaftlichen Betrieb im Interesse der Volksernährung sachgemäß fortführen, bis nach den Worten des Volksbeauftragten Ebert in seinem Erlaß an die Beamten die Ablösung kommt. Sie werden dann ihr Schicksal zu tragen wissen. Das eine wenigstens müssen sie hoffen, daß nicht mit der Scholle, die sie solange bebaut haben, Experimente gemacht werden, welche von vornherein zu volkswirtschaftlichen Mißerfolgen verurteilt sind.

Zur Frage der Industrialisierung der Landwirtschaft veröffentlicht der „Vorwärts“ Ausführungen als ihm von sachverständiger Seite zugegangene wertvolle Anregungen, die sich auf Schaffung von Arbeit, Nahrungsmitteln und wirtschaftlichen Werten beziehen. Einheitliches Vorgehen im Reich mittels Organisationen durch die Staatsbehörden wird für nötig erklärt.

Provinzialnachrichten.

Hohenjalka, 5. Dezember. (Schwere Anzeichen.) Die Plünderungen, die gestern hier vereinzelt vorgekommen sind, fanden heute ihre Fortsetzung. Von den Beteiligten wurden bereits vier Zivilpersonen polnische Nationalität erschossen. Infolge dessen nahmen polnische Soldaten gegen den Soldatenrat Partei, jedoch sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, wobei auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Geschäfte in den Hauptstraßen und am Markt wurden nachmittags geschlossen. Niemand durfte die Straße passieren. Gegen Abend wurde der Verkehr wieder freigegeben. — Eine weitere Meldung besagt: Über Stadt und Kreis Hohenjalka ist der Belagerungszustand verhängt worden. Bis auf weiteres sind sämtliche Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Leider hat die gestrige Schießerei noch ein weiteres Opfer gefordert: der Konditor und Stadtverordnete Kommel, der aus dem Laden vor die Tür trat, wurde von einer Kugel getroffen und tödlich verletzt. Die militärischen Patrouillen sind zurückgezogen, und dafür patrouillieren polnische Mitbürger in Zivil in den Straßen, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Posen, 3. Dezember. (In der Stadt Posen.) wo man für heute große Dinge erwartete, sind die Schüler in den Gymnasien außer Rand und Band. Sie wählen Schülerräte, die zu beschließen haben, daß weniger zu arbeiten ist, und dergleichen. In einer Oberlehranstalt haben sie einen nichtigen Lehrer aufgefordert, die Klasse zu verlassen, widrigenfalls sie selbst gehen würden. Darauf ist der Lehrer gegangen. Auch in der Obertertia ist bereits ein Schülerrat gewählt worden.

Posen, 5. Dezember. (Angriffe auf das Korpsbefehlungsamt.) Wie schon mehrfach, wurde auch in der vergangenen Nacht wieder ein Angriff auf das Korpsbefehlungsamt in der Hollendorfsstraße verübt. Eine Bande von Soldaten und Zivilisten, etwa 80 Mann stark, überrumpelte den Doppelposten und legte sich in den Besitz eines Maschinengewehrs. Danach erfolgte ein Überfall auf die Kaserne der Maschinengewehr-Kompagnie des 6. Grenadier-Regiments, wobei es die Angreifer vermuthlich auf die Bekleidungsdepot abgesehen hatten. Es kam zu einem regelrechten Kampf, bei dem auf beiden Seiten Maschinengewehre und Handgranaten in Tätigkeit traten. Schließlich gelang es, die Angreifer zu überwältigen und gegen 35 Mann festzunehmen. Von den etwa 20 zum Teil schwer Verwundeten ist eine Person ihren Verletzungen erlegen.

Der polnische Landtag.

Die 2. Vollziehung des polnischen Teilgebietslandtages in Posen wurde, einem Bericht des polnischen Volksrats zufolge, von dem zum Marschall gewählten Reichstagsabg. Nowicki mit einer kurzen Ansprache an die Vertreter eröffnet, worauf der Reichstagsabg. Senja einen Überblick über die politische Lage Polens gab. Der Redner schilderte dieselbe angesichts des endgiltigen Zusammenbruchs des preussisch-deutschen Militarismus und Imperialismus als äußerst günstig und erklärte u. a. unter Hinweis darauf, daß die Verbandsmächte die in Frankreich kämpfende polnische Armee tatsächlich schon dem polnischen Nationalkomitee in Paris unterstellt habe, daß die Polen von den Verbandsmächten als Bundesgenossen angesehen werden, denen sie auf der Friedenskonferenz aufgrund des Selbstbestimmungsrechts und der Geschichte Polens volle Gerechtigkeit werden zuteil werden lassen. Im übrigen mahnte er zur Einigkeit und hob in dieser Beziehung das Verhalten der Tschechen, die in nationalen Fragen jeglichen Parteistandpunkt zurückstellen, als musterhaft rühmend hervor.

Es wird alsdann über die von den einzelnen Ausschüssen vorgelegenen Erklärungen nach ausführlicher Begründung durch die einzelnen Referenten Bericht gegeben. Hierbei ist zunächst besonders zu bemerken, daß die von dem Ausschuss für politische Angelegenheiten eingebrachte Erklärung, sich an den Kommandanten Willibski mit der Erklärung zu wenden, daß die auf dem Landtage versammelten Delegierten es für unbedingt notwendig erachten, ein aus allen Parteistellungen sich zusammenlegendes Koalitionsministerium zu schaffen, das bei allen Polen Gehör fände, auch von dem Vertreter der sozialistischen Partei herzlich gutgeheißen wird.

Die weiteren, für ohne Widerspruch in der Vollziehung angenommenen, den Verbandsmächten zu übergebenden Erklärungen des Ausschusses für politische Angelegenheiten behandeln die Gebietsforderungen der Polen, die in der Rückgabe aller von Polen seit jeher bewohnten Gebiete und in der Wiedergutmachung des durch die Teilung Polens diesem zugefügten Unrechts gipfeln, die Bitte um unläßlich baldige Hilfe gegen die von der deutschen Presse gegen das polnische Volk eingeleitete Agitation, ferner die Bitte um Entlassung einer Abordnung zur Prüfung der angeblichen Agitation der Polen gegen die jüdische Bevölkerung und gleichzeitigen Entsendung der in Frankreich kämpfenden polnischen Armee zur Unterstützung in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Des weiteren wird in einer Erklärung dem polnischen Nationalkomitee in Paris die zur endgiltigen Ernennung ihrer amtlichen Vertreter durch die polnische Regierung der Schutz der politischen Interessen übertragen.

In allgemeinen Erklärungen verweist sich der Landtag gegen ein Vorgehen in der Festlegung der Grenzen des polnischen Staates ohne Wissen der Preußen, erkennt die Gleichberechtigung der Frauen an und dergleichen. Großen Beifall erntet nach Verlesung eines Telegramms von dem Marschall des Reiches Nowotary (Galizien) der Gruß des Warschauer Schriftstellers Sierozemski, dem dieser persönlich von seinen Landsleuten bringt.

Alsdann werden fast widerspruchlos die Beschlüsse des Ausschusses für Organisationsangelegenheiten in bezug auf den Entwurf eines Gesetzes betreffend die polnischen Organisationen im deutschen Reich, das Reglement für den polnischen Teilgebietslandtag und die freiwillige Nationalkassener angenommen. — Es folgen Resolutionen des Ausschusses für dringliche soziale und Arbeiterfragen, die sich insbesondere mit der Sicherung aller Bürger- und sonstigen Rechte für den Arbeiter, der Arbeitsregelung, dem Schutz der Arbeitsunfähigen, der Förderung von Arbeiterverbänden, der Sorge für die Bildung von Arbeiterkindern und der Wohnungsfrage befassen. Diese und ähnliche, die Sorge für den Arbeiter betreffenden Fragen werden dem zu wählenden obersten Volksrat zur Bearbeitung überwiesen. Nachdem der Reichstagsabg. Korzant gegen 16 Uhr den Antrag auf Schließung der Sitzung gestellt hatte und gegen diesen Antrag Widerspruch nicht erhoben worden war, wurde nach einem warmen, von den Anwesenden unter Erheben von den Sähen angeführten Ausruf, den der Marschall dem am 2. d. Mts. verstorbenen Reichstagsabg. Gornikowski widmete, der Landtag auf Donnerstag, 10 Uhr vormittags, vertagt.

Nach der am Donnerstag Vormittag durch den Marschall, Reichstagsabg. Nowicki, erfolgten Eröffnung der dritten Plenarsitzung des polnischen Teilgebietslandtages wurde, wie wir einem Bericht des polnischen Volksrats entnehmen, der Bericht über die Arbeiten der Kommission für Angelegenheiten der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit erstattet. Die ergangenen Resolutionen, die bisherigen Beamten, sofern sie den Polen nicht ausgesprochen feindlich gesinnt sind, in ihren Ämtern zunächst zu belassen und ihre spätere Weiterverwendung von der Erlernung der polnischen Sprache abhängig zu machen, die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden und -organe durch polnische Vertreter zu überwachen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Bürgerwehren zu errichten, die Ausfuhr von Lebensmitteln nach deutschen Gegenden freizugeben, ihnen jedoch die Hilfe nicht zu versagen, sofern der polnische Bedarf gedeckt ist, wurden von der Plenarsitzung einstimmig genehmigt. Das gleiche gilt auch von den Beschlüssen der Kommission in Kultus- und Schulangelegenheiten, die sich mit der Stellungnahme der polnischen Gebietsstelle bezüglich des Verhältnisses der Schule zu den einzelnen Glaubensbekenntnissen der Schüler, den Eltern und den Lehrern befassen. Es werden keine Simultanschulen, sondern reine Konfessionschulen errichtet. Die Schulen selbst sollen allmählich polonisiert werden, während der Religionsunterricht sofort in allen Klassen in polnischer Sprache zu erteilen ist. Alsdann wurde zur Wahl des obersten Volksrats, dem obersten Organ der Polen innerhalb der Grenzen des bisherigen deutschen Reiches, geschritten, der aus 60 Mitgliedern zu bestehen hat, die von dem Teilgebietslandtag mit Stimmenmehrheit gewählt wurden.

Damit war das Programm des Landtages erschöpft. Nach verschiedenen Schlussankündigungen wurde der Landtag gegen 12 Uhr auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ueber eine Delegierten-Sitzung der Soldatenräte des Regierungsbezirks Marienwerder

erhalten wir folgenden Bericht: Am Donnerstag fand in Thorn eine Sitzung des Thorer Soldatenrats mit Delegierten aus dem Bezirk Marienwerder statt. Zunächst berichtigte der Vorsitzende des Thorer Soldatenrats über seine Tätigkeit und Erfolge bei der Reichsregierung in Berlin. Für den Bezirk Marienwerder-Thorn sollen 5 Delegierte zur großen Nationalversammlung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin geschickt werden. Verschiedene Redner erhoben Einspruch gegen den Terror des Danziger Soldatenrats, ebenso des Ausschusses von Graubenz. Sämtliche Redner waren sich einig, daß man einen geschlossenen Block sämtlicher sozialdemokratischer Parteistellungen herstellen müsse, um die Machtbestrebungen des großen bürgerlichen Reaktionsblocks bekämpfen zu können, der sich heute deutsch-nationale Partei nennt. Ebenso sei schärfstes Mißtrauen gegen die bürgerlichen Einheitsliberalen geboten. Diejenigen, die die Revolution durchgeführt haben, seien einzig und allein Arbeiter und Soldaten im sozialdemokratischen Parteiverband, die bürgerlichen Parteien seien erst später unter dem Druck der Verhältnisse nachgehinkt. Ferner war man sich einig, daß eine gründliche sozialdemokratische Aufklärung der gesamten Landesbevölkerung und die Einleitung von Bauernräten dringend erforderlich sei. U. d. R. Heimatschutz ist von Berlin aus in eine Zentralkasse Ost für rein technischen und polizeilichen Grenzschutz umgewandelt worden, da das frühere U. d. R. weiter nichts als die Unterbindung der abgelebten Offiziere und die Soßbindung der Militärpartei bezwecke. Auch von Berlin aus wird Anweisung erfolgen, daß patriotische Tatkammler im alten Gille durch Zivilbehörden, Beamte usw. zu unterlassen sind, widrigenfalls

Abkühl der betreffenden Herren erfolgen wird. Einzelne Redner erwiefen auch, mißbilligend die Farrapatriotismus der alldutschen Kapitalistenkreise Westdeutschlands ist, die erst, wo der Sozialismus ihrem Geldsack droht mit unzerem Erzfeinde Frankreich liebäugeln. Auch die Ablegung Hindenburgs sei wegen seiner gegenrevolutionären Propaganda dringend erforderlich, zumal wegen seines offenen Ungehorsams gegenüber der Reichsregierung. Man erkannte auch an, daß es Offiziere gibt, die, wie der hiesige Chef des Stabes, energisch jeden gegenrevolutionären Bestrebungen der Offiziere entgegenzutreten. Es kamen dann noch verschiedene Angelegenheiten unerhörter Handlungsweise von Seiten des Offizierkorps zur Sprache, die, wie z. B. die Klübereien verschiedener Städte und Generalkommandos in der belagerten Etappe, unläuterer Beziehungen hiesiger Frontoffiziere nach altem Muster, den Mannschaften ein sehr böses Beispiel geben! — Nach Annahme einer Resolution dahingehend, eine Kontrollkommission nach Danzig zu entsenden, wurde die Sitzung unter einem dankenden Hoch auf die freie deutsche Republik geschlossen. U.

Localnachrichten.

Zur Erinnerung. 7. Dezember. 1917 Deutscher Flugzeugangriff auf London und andere englische Städte. 1916 Gefangennahme von 10 000 Rumänen durch die 9. Armee. 1914 Aufruf des deutschen Landsturmes zweiten Aufgebots. 1912 Bekanntmachung über die Erneuerung des Dreihundes. 1911 Einzug des englischen Königsgepaars in Delhi in Indien. 1910 + Ludwig Knans, deutscher Genremaler. 1901 Ultimatum Deutschlands und Englands an Venezuela. 1895 Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth. 1815 Erhebung des Marschalls Ney. 983 + Kaiser Otto II.

Thorn, 6. Dezember 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) ist der Gefreite Paul Riech aus Schönwalde, Landkreis Thorn.

— (Das Eisene Kreuz) erster Klasse erhielt: Leutnant d. R. Hinkler aus Thorn vom Infanterie-Regt. 7 (Köln), früher Infanterie-Regt. 11.

— (Deutsch-nationale Volkspartei.) Auf die am Sonntag, mittags 11½ Uhr, im Widozialsaal stattfindende erste Versammlung der deutsch-nationalen Volkspartei weisen wir nochmals hin. Für den Anschluß an die deutsch-nationale Volkspartei, welche die Vereinigung aller rechtsstehenden Bevölkerungsteile bilden wird, gehen Meldungen sehr zahlreich ein, auch von Frauen. Auch in der Hauptstadt unserer Provinz, in Danzig, hat die deutsch-nationale Volkspartei eine Versammlung zum Ausbau der Parteiorganisation einberufen, und ebenso ist in der Hauptstadt Ostpreußens, in Königsberg, soeben eine Werbeaufsatz der deutsch-nationalen Volkspartei ergangen, der die Unterchriften von Angehörigen aller Volkstriebe gefunden hat.

— (Der Arbeiter- und Soldatenrat Thorn) ist vom Berliner Volksgesundheitsrat als Ausführendes Zentrum für die gesamte Ostmark bestimmt worden. Er soll sämtliche Arbeiter- und Soldatenräten des Ostens mit Rat und Tat zur Seite stehen und ein einheitliches Zusammenwirken derselben im Sinne der sozialistischen Republik ermöglichen.

— (Soldaten-Versammlung in M. d. R.) Für gestern Abend 8 Uhr war eine Versammlung von Soldaten in den Galkhof „Zum goldenen Löwen“ einberufen, um über wichtige Interessen der Thorer Garnison zu beraten. Es hatten sich gegen 40 Personen eingefunden, darunter mehrere Frauen. Der Einberufer, Herr Max Wisniewski, der sich auf Befragen einer Genossin nach seinem politischen Bekenntnis vor dem Antritte als Sozialdemokrat und Pole vorstellte, forderte, daß anstelle der fremden Soldatenräte aus dem Westen, die nicht als Vertreter der Thorer Garnison gelten könnten, Thorer Kinder von der Garnison gewählt würden, die auch mit den heiligen Verhältnissen vertraut seien. Es dürften aber nur Organisierte gewählt werden, und die Lösung müßte eine höhere als 4 Mark sein. Dem Einwande, daß er doch nicht mehr Soldat sei, also auch nicht Soldatenrat werden könne, begegnete er damit, daß die jetzigen Mitglieder des Soldatenrats auch längst entlassen seien; den Einwand der Genossin, daß unter den Thorer Organisierten sich wohl nicht so viele Gebildete finden würden, um die Geschäfte in der Weise des jetzigen Rates führen zu können, wurde als beleidigend zurückgewiesen. Beschlossen wurde, daß der Einberufer Herr Wisniewski dem Soldatenrat die Wünsche der Versammlung vorzutragen solle. Große Heiterkeit erregte der Zufall einer Frau: „Dann hoffen Sie, daß ich einen Ritter Petroskum bekomme!“

— (Der Polizeibericht) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

Podgorz, 4. Dezember. (Die Grippe) die nun schon einige Monate hier herrscht, fordert fast täglich neue Opfer. In fast sämtlichen Haushaltungen des Ortes und der Umgebung von Podgorz sind wiederum Erkrankungen von Erwachsenen und Kindern gemeldet worden. Die Seuche tritt in diesem Jahre noch stärker in Erscheinung als 1909.

Thorer Stadttheater.

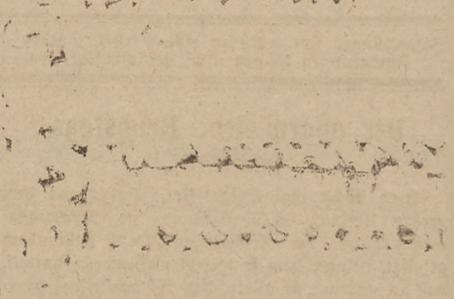
„Seimat.“ Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann.

Das starke Schauspiel, in dem zwei Welten in nutzlosem Bemühen sich einander anzupassen suchen, um schließlich weiter auseinander zu kommen, als sie es je waren, verfehlt auch in diesen ersten Zeitläuften seinen Eindruck nicht. Was an der gestrigen Aufführung, die, abgesehen von einigen kleinen Unebenheiten des Zusammenspiels, im allgemeinen recht zufriedenstellend war, vor allem interessierte, war Erna Molnar als Trägerin der Magda, eine der wirkungsvollsten Paraderollen der modernen Dramenliteratur. Die Künstlerin, von der wir schon manch treffliche Leistung gesehen haben, gab dieses Herrenweib — nicht zuletzt dank ihrer guten Bühnenerfahrung — voll Saft und Frische und wachte in den beiden letzten Akten nicht nur zu interessanter, sondern auch zu erwarmlender Der schlagrühige, autoritative Oberstleutnant Schwarze war bei Adolf Wiesner gut aufgehoben. Der Darsteller wirkte durch die Anbeugung der körperlichen Gebrochenheit und des tiefen Schmerzes in der Schlusszene rührend und ergreifend. Carl Marschall rückte dagegen anscheinend nicht recht, wie er den Regierungsrat von Keller zu bilden hatte. Mit dem Fortschreiten des Abends half Routine dem Darsteller aber immer mehr über die Verlegenheit hinweg, bis er zum Schluß dann

auch den nötigen Ton fand. Als Pfarrer Hestterding spielte Fritz Friedrichs schlicht und recht und erzielte den Erfolg, der sich überhaupt in dieser Rolle erreichen läßt. Eine hübsche Deutschanisfigur zeigte Hito Blant, und Hedwig Preiser spielte mit viel Natürlichkeit und Wamut die jüngere Schwester Magdas. Dagegen zog Else Malt die Tante Franzl in Koste und Spiel zu sehr ins Komische. Die zweite Frau des Oberstleutnants (Erna Hempel) war eine große Null, schon in ihrer Kleidung machte sie mehr den Eindruck eines altjungferlichen Dienstmädchens als den einer Dame ihrer Gesellschaftskreise. Die übrigen sehr bescheidenen weiblichen Rollen wurden durch ihre Darstellung zu sehr ins Köcherliche gezogen. Eine rühmliche Ausnahme hiervon machte Ilse Wiesbach, die als Dienstmädchen weit mehr bot, als man sonst in solchen Rollen zu sehen gewohnt ist. Sie sprach nicht nur ihre Rolle recht und schlicht herunter, sondern spielte mit. Das Haus war gut besetzt. —dt.

Einigesand.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die rechtliche Verantwortung.)



Der Fußgängerweg der Culmer Chaussee befindet sich in einem geradezu furchtbaren Zustand; es sind hier solche tiefe Löcher vorhanden, daß man des Abends bei der Dunkelheit sich leicht eine Darmverstopfung zuziehen kann, wenn man unerwartet in die Vertiefung hineintritt. Da diesen Weg täglich hunderte Thorer Steuerzahler passieren müssen, so möchte ich den Magistrat bitten, diesem Uebelstande baldigst abzuhelfen, umso mehr, da doch jetzt genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. F. S.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in Hohenjalka.

Hohenjalka, 6. Dezember. Bei den gestrigen Plünderungen in Hohenjalka stellte das Heimaufzug-Regiment Nr. 18 die Ruhe her, nachdem die Garnisonstruppe, Infanterie-Regiment 140, versagt hatte. Trotzdem will man, wie verlautet, dem Infanterie-Regiment Nr. 18 ein Ultimatum stellen, binnen 48 Stunden den Ort zu verlassen, widrigenfalls man die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem Westen Deutschlands einstellen wird.

Münchener-Cladbach nach der feindlichen Besatzung.

Münchener-Cladbach, 6. Dezember. Die „Münchener-Cladbach“ meldet aus Münchener-Cladbach von gestern: Heute Nachmittag wurde hier ein Befehl des kaiserlichen Statthalters angehängt, der im großen und ganzen die gleichen Bestimmungen enthält, wie in Jülich. Diese Bestimmungen sind jedoch in einigen Punkten gemildert. So z. B. heißt es nicht, daß diejenigen Personen, die mit Waffen betroffen werden, erschossen, sondern verhaftet werden. Ferner ist der Zwang für die Bürger, die Offiziere zu grüßen, weggefallen.

Demonstrationsstreik der Eisenbahner Deutsch-Böhmens.

Kelchenberg, 6. Dezember. Das Presseamt der Landesregierung für Deutsch-Böhmen meldet: Als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der tschecho-slowakischen Truppen in Deutsch-Böhmen und gegen das Verlangen der Tschechen, daß sich die Eisenbahner Deutsch-Böhmens der österreichischen Regierung unterwerfen sollen, veranstalteten die Eisenbahner Deutsch-Böhmens heute einen Demonstrationstreik. Auf sämtlichen Linien Deutsch-Böhmens wurde von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends der Verkehr eingestellt.

Die deutsch-österreichische Republik als Kaiserreich.

Wien, 6. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachten Kemeter und Esnoffen einen Antrag ein, bezügl. die Schaffung eines Grundgesetzes, durch das die Wesenheit der deutsch-österreichischen Republik als deutscher Nationalstaat bestimmt wird. Danach wird als Staatssprache die deutsche erklärt. Anknüpfungen und Ausschüßungen, sowie schriftliche Mitteilungen jeder Art auf öffentlichen Wegen und Plätzen sind nur in deutscher Sprache zulässig.

Am 2. d. Mts. entschlief in einem Lazarett in Allenstein sanft nach längerem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hat, mein herzenguter Mann, der treusorgende Vater seiner sechs Kinder, unser herzenguter Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegerohn,

Gefreiter einer Munitions-Kolonne
Paul Rietz

im Alter von 44 Jahren.
Dieses zeigt schmerzerfüllt im Namen der Hinterbliebenen an
Schönwalde den 6. Dezember 1918
Emma Rietz, geb. Schauer.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 7. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle aus auf dem St. Georgenkirchhof statt.

Durch ruflose Hand entriß uns der Tod unsern lieben Vereinstameraden, den

Bahnhofs-Auffeher
Friedrich Teschke.

Sein kameradschaftlicher Sinn, sowie sein stets liebevolles, aufbauendes Wesen sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Gedenken über's Grab hinaus.
Ruhe sanft!
Der Kriegerverein Luben.
F. A.:
Kröcker.

Weißer Mädchen-ut., 6-8 Jahre, zu verkaufen. Lindenstraße 51, 1. r.

Deutsche demokratische Partei für Chorn, Stadt- und Landkreis.

Öffentliche Versammlung

am Sonnabend den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saale des Artushofes in Thorn.
Aussprache über Ziele und Wege der Partei.
Anschließend:
Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl des endgültigen Parteiausschusses.
2. Verschiedenes.
Die Parteimitglieder werden ersucht, Vorschläge zu der Wahl vorzubereiten und soweit tunlich vor der Versammlung an die Geschäftsstelle der Partei, Copernicusstraße 14, 2, gelangen zu lassen.
Der einstweilige Ausschuß der deutschen demokratischen Partei.

Deutsche demokratische Partei für Chorn, Stadt- und Landkreis.

Öffentliche Versammlung

in Bodgorz am Sonntag den 8. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Hotels zum Kronprinzen.
Vortrag über Ziele und Wege der Partei.
Anschließend daran eine Aussprache, ferner eine besonderer Mitgliederversammlung: Wahl eines Totalausschusses.
Der einstweilige Ausschuß der deutschen demokratischen Partei.

Deutsche demokratische Partei für Chorn, Stadt- und Landkreis.

Öffentliche Versammlung

am Sonntag den 8. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Hotels zum Kronprinzen.
Vortrag über Ziele und Wege der Partei.
Anschließend daran eine Aussprache, ferner eine besonderer Mitgliederversammlung: Wahl eines Totalausschusses.
Der einstweilige Ausschuß der deutschen demokratischen Partei.

Viktoria-Park.
Sonnabend und Sonntag:
Großer Ball.
Spiegelglatter Parkettfußboden.
Sonnabend Anfang 7 Uhr. Sonntag um 5 Uhr.
Konditorei und Kaffee Zarucha
Parkstraße 4.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:
Frei-Konzert.

Zentral-Theater
Neustädtischer Markt 13.
Von Freitag den 6. bis Montag den 9. Dezember:

Kain.
1. Teil.
Eine Menschentragedie in 5 Akten.
Die Glücksmäuse.
Defektivkomödie in 3 Akten.

Die dicke Ella
zeigt sich täglich dem geehrten Publikum von 2 Uhr nachmittags.
Hierzu ladet freundlichst ein H. Wassmann

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche
Evangelisationskapelle, Culmer Vorstadt, a. Bayerndentmar
Sonntag den 8. Dezember, nachm. 4 1/2 Uhr:
Jahresfest.
Ansprachen, Gesänge und Deklamation.
Jedermann herzlich eingeladen.

Es wurde am Dienstag Abend von Viktoriapark bis zum Bürgergarten ein brauner Mantelgürtel verloren. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. der „Presse“.

Jagdhund entlaufen!
Braune Hündin, Name „Dia“, am 3. 12. abends entlaufen. Rückführung nach Thorn. Gegen Belohnung abzugeben. Kleinbart, Preuss. Lande, Nr. Brielen.

Muff gefunden.
Wahrgenommen gegen Erstattung der Kosten
Thorn-Moche, Anabersgasse, Zimmer 8.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Dezember	8	9	10	11	12	13	14
1919	29	30	31	1	2	3	4
Januar	5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31	1	2	3	4
Februar	5	6	7	8	9	10	11

Hierzu zweites Blatt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute früh 5 1/4 Uhr entschlief sanft nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, meine innigstgeliebte Frau, unsere herzengute Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Selma v. Bezorowski,

geb. v. Bezorowski,
im Alter von 54 Jahren.

Dieses zeigt im großen Schmerze tiefbetäubt an
Schönsee den 6. Dezember 1918

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Paul v. Bezorowski.

Am Sonntag den 8. d. Mts. um 4 Uhr Ueberführung der Leiche von der Dr. Szuman'schen Klinik in die St. Johanniskirche.
Am Montag um 8 Uhr Vigilien, 1/9 Uhr Requiem, daran anschließend Beerdigung auf dem St. Johanniskirchhof.

Landwirtsch. Hausfrauenverein Thorn.

Nächste Mitgliederversammlung
Mittwoch, 11. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im Tivoli.

Am 12. Uhr Vortrag über die Bahnpflicht der Frauen. Inanbetracht der großen Wichtigkeit des Vortrages wird um rege Beteiligung gebeten. Auch Herren willkommen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Montag den 9. 12. 1918, 8 Uhr abends, findet im „Deutschen Haus“ eine Versammlung der Friseurgehilfen u. Friseurinnen statt. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, bezwecks wichtiger Beschlüsse.

Stadt-Theater

Sonnabend, 7. Dezemb., 7 1/2 Uhr: Ermäßigte Preise!
Hasemann's Töchter.
Sonntag den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten male!
Drei alte Schachteln.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Rose von Stambul.
Dienstag, 10. Dezemb., 7 1/2 Uhr: Zum letzten male!
Der Lebensschüler.

Raufmann,

36 Jahre alt, kath., Barvermögen 20 000 Mark, nicht, da hier fremd, auf diesem Wege passende Heirat. Bin gesund und streng solide und bitte Damen mit tiefem Gemüt sowie Sinn für traute häuslichkeit um vertrauensvolle Zuschriften ev. durch Angehörige unter N. 4118 an die Geschäftsstelle der „Presse“.
Gewissenhafte Discretion zugesichert.

Berichtigung.

Meine geschrämte Ausherrung über die Bescheidenheit der Frau Lange-Der Nessel halte ich voll und ganz aufrecht und lege mit Genehmigung einer gerichtlichen Aussprache entgegen.
Frau Emma Behrendt, Schierpitz.
Aus meinem Garten Culmerstr. sind mir

10 Stück Mißbeesenerer gestohlen worden. Falls jemand dieselben gekauft hat, wolle es mir melden. Rückerstattung wird nicht verlangt. Es liegt mir nur daran, den unglücklichen Verkäufer zu ersuchen.
B. Hozakowski, Thorn, Büdenstr.

Die Verjor,

die mir die Geldbörsen beim Fischverkauf entwendet hat, ist erkannt und wird angefordert, dieselbe spätestens in drei Tagen zurückzugeben, wenn nicht, erfolgt Anzeige. Abzugeben Brückstraße 33, im Kontor.

Verloren

Donnerstag vorm. auf Haltestelle Schmolin
eine schwarze Damentasche

enth. Brot- und Lebensmittelkarten von 4 Personen für 3 Wochen, ferner Bielef., Ring, Schlüssel. Bitte herzlich gegen Belohnung um Rückgabe oder Nachricht an die auf den Karten stehende Adresse.

Verloren

Dienstag nachmittags um 5 1/2 Uhr ein Portemonnaie, ungefähr 100 Mark. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle der „Presse“.

Von Verhandlungen mit Regierungskreisen in Berlin zurückgekehrt, finde ich in der hiesigen Presse die verschiedensten Artikel und Mitteilungen vor, die in mehr oder weniger guter Form meinen Aufsatz vom 1. 12. als Ausgangspunkt haben. Obwohl ich der Ansicht bin, daß mit derartigen „Erklärungen“ unser junger Republik sehr wenig gedient ist und wir vom N. und S. Rat Thorn wirklich vor wichtigeren Aufgaben stehen, als das Vertrauen gerade alldeutscher Kreise zu erwerben, möchte ich doch meine „goldenen Worte“ im Interesse der Allgemeinheit näher erklären. Ich habe nämlich nach den vorliegenden von diesen Kreisen veröffentlichten Stellungnahmen das Gefühl, daß gewisse Leute in ihrem vielgepriesenen Vaterlandssinn noch so verlockt, um nicht zu sagen alter Propaganda verdummt sind, daß man deutlich zu werden gezwungen ist.

Ich möchte doch den 5 Herren mit ihrer Erklärung und auch sonstigen anderen „deutschen“ Großsprechern empfehlen, wenn sie wirklich den Ausdruck auf gesunden politischen Verstand erheben wollen, dann auch die hierzu unbedingt nötigen Fähigkeiten und im besonderen die erforderlichen Kenntnisse über die Kriegswunden und wahren Zwecke des Krieges mitzubringen, um darüber debattieren und schreiben zu können.

Ich persönlich stehe auf einer solchen Warte, daß ich mich nicht mit Herren einlassen kann, die in ihrer völligen politischen Unkenntnis Tatsachen auf den Kopf zu stellen versuchen, und für mich aus diesem Grunde keine Gegner sein können. Derartige „Vaterlandsfremde“, die von ihrem kleinen und wirzig engen Gesichtskreis aus große Worte loslassen, welche für ihre alldeutschen Ziele Stimmung machen sollen, haben wir als sogenannte Werbepolitiker leider noch zu viel.

Aber ganz allgemein möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß unsere Zeit viel zu ernst ist, als daß kleinliche Begebenheiten erregt werden sollen, sondern wir haben die allererste Pflicht, einheitlich ein Großes zu schaffen und Tatsächlichkeiten zu gründen, nicht aber in alter Verzettlungsmanier die Fortschritte der neuen Republik zu hemmen. Das in meinem Aufsatz vom 1. 12. erbetene Vertrauen soll sich absolut nicht auf Kreise beziehen, die auch innerlich infolge ihrer völligen politischen Unkenntnis von Tatsachen für uns keine Gegner sind.

Hinsichtlich der Empfangsreden bei Erntedankfesten will ich doch noch anführen, daß auf meine Einwirkung beim Staatsministerium K. M. für die Zukunft Maßnahmen getroffen sind, daß jegliche heberischen Reden zu unterbleiben haben.

Raube.
Note + Lose
zur Ziehung am 6., 7., 9., 10. u. 11. Dezember 1918
zu 3.30 Mk., Postgebühr und Liste 35 Pfg., Nachnahme 25 Pfg. mehr, zu haben bei
Dombrowski, preuß. Kollisionsbeamter
Thorn, Katharinenstraße 1, Ecke Wilhelmsplatz, Fernsprecher Nr. 84

Am 5. Dezember, 4 Uhr morgens, starb nach kurzem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Tante, Groß- und Urgroßmutter, die

Mutter Anna Sonnenberg

geb. Kotz,
im 80. Lebensjahre.
Dieses zeigen tiefbetäubt an
Grabowitz den 6. Dezember 1918
F. Sonnenberg nebst Kindern.
Beerdigung findet Montag den 9. 12. 18, 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben meines lieben Mannes, insbesondere Herrn Superintendenten Wauke für die trostreichen Worte und der Thorer Liedertafel sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Thorn den 5. Dezember 1918.
Frieda Stern.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, anlässlich des Todes u. Begräbnisses meines geliebten Mannes, sowie Herrn Piarer Heuer für die trostreichen Worte am Sarge, den Vereinen und insbesondere für die vielen Kranzspenden sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Thorn-Moche den 6. Dezember 1918.
Hedwig Ostrowski, nebst Kindern.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Dr. Opitz,
Spezialarzt für innere Krankheiten, Altstadt, Markt 8.
Ermittle gründlichsten Geigen- u. Mandolinunterricht.
Tony Dix, Geigenlehrer, Neustädtischer Markt 25, 2.
Wer erteilt einem Herrn erteilt Stunden in französisch und Musik? Hauptsache Konversation Angebote mit Preisangabe unter N. 3981 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Wer erteilt polnischen Unterricht? Adresse mit Preisangabe unter N. 4095 an die Geschäftsstelle der „Presse“.
Herr Schulz, Thorn-Holzhausen, wird höflich gebeten, bei mir vorzusprechen.
Kuhrmann, Familienhaus, Fock Wägen.
Kaufmann, 30 Jahre, evangel., solide, wünscht sich mit wirtschaftl. Dome gleichen Alters glücklich zu verheiraten, etwas Vermögen erwünscht, am liebsten Einzelrat in Kolonialwarenhandlung oder Geschäft, auch auf dem Lande. Rückfragen nicht ausgeschlossen. Zuschriften unter N. 4107 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Ist der Vielverband in der Lage, uns mit Brotgetreide zu versorgen?

So mancher wird sich die bange Frage gestellt haben, ob unsere Feinde und ihre Mitläufer den guten Willen haben und auch wirklich in der Lage sind, uns künftig mit dem erforderlichen Brotgetreide zu versorgen und uns so vor dem unvermeidlichen Hungertode zu bewahren. Hören wir doch jetzt täglich, daß der Vielverband zunächst seinen eigenen Bedarf, dann den der ebenfalls darbenenden Neutralen und erst in letzter Linie, noch etwas übrig bleibt, auch den unsrigen beden beabsichtigt. Zweifelsohne ist der eigene Verbrauch unserer Gegner, und vor allem der Millionenheere und ihrer Riesenslotte, nicht gering, während andererseits auch bei ihnen durch den Krieg zahllose wertvolle Kräfte der Landwirtschaft entzogen werden.

Die Beforgnis, daß die Weltvorräte an Weizen und sonstigem Brotgetreide nur sehr knapp ausreichen und Deutschland bei der Verteilung zu kurz kommen werde, erscheint auf den ersten Blick nicht ganz unbegründet. Umso wertvoller und beruhigender sind infolgedessen die Ergebnisse einer in Holland von W. C. Bolle angestellten statistischen Untersuchung, aus der hervorgeht, daß die vorhandenen Weizenmengen völlig genügen, um den gesamten Bedarf der europäischen Länder zu befriedigen.

Angenommen, daß die europäische Getreideeinfuhr nach dem Friedensschluß die gleiche wie vor dem Kriege bleibt und mithin wöchentlich 280 000 Tonnen Weizen und Mehl ausmacht, so würden im Jahre 1919 im ganzen rund 14,5 Millionen Tonnen eingeführt werden müssen.

Da Rußland und Rumänien als Getreideexportländer gegenwärtig kaum in Betracht kommen und ersteres sogar vielleicht noch selbst Zuschüsse zum Unterhalt seiner verelendeten Bevölkerung brauchen wird, könnte die Lieferung eigentlich nur durch die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, Australien und Indien erfolgen. In Argentinien und Australien wird der Weizen erst im Dezember geerntet, sodas man hier nur annähernde Schätzungen der Erträge in Rechnung stellen kann. Dasselbe gilt von der Ernte, die die Vereinigten Staaten und Kanada im Juli-August einbringen werden. Läßt man diese letzteren Ernten unberücksichtigt, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß, einschließlich der von früher herkommenden Vorräte, in den Vereinigten Staaten 4 Millionen Tonnen Weizen, in Kanada 2,5, in Argentinien 4,5, in Australien 7,5, in British-Indien 1 oder insgesamt 19 Millionen Tonnen für die Ausfuhr verfügbar sein werden.

Diese Weizenmenge würde mithin den normalen Bedarf der europäischen Länder um 4 1/2 Millionen Tonnen übersteigen. Dazu kommt noch der im Herbst 1918 in Kanada und der Union zu erntende Weizen, soweit er nicht zur Deckung des heimischen Bedarfs dient. Da die Heranziehung der australischen Vorräte infolge der großen Entfernungen und des Schiffsmangels mit verhältnismäßig großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten verknüpft sein würde, liegt es auf der Hand, daß die europäische Getreideversorgung vor allem von den Vereinigten Staaten, Argentinien und Kanada übernommen werden muß. Die letzteren Länder sind aber imstande, aus ihren gegenwärtigen Vorräten lediglich 11 Millionen Tonnen abzugeben, und werden im nächsten Herbst voraussichtlich auch noch die fehlenden 8 1/2 Millionen Tonnen zu liefern vermögen. Das indische und australische Getreide könnte in diesem Falle als Reserve dienen. Doch scheint den Australiern selbst an dem baldigen Absch ihrer Ware zu liegen.

Wie man aus den obigen Ziffern erseht, ist mithin die Weizenversorgung von ganz Europa für 1919 gesichert. Berücksichtigt man, daß Deutschland vor dem Kriege (1913/14) jährlich an Weizen und Weizenmehl rund 6 Millionen Tonnen verzehrte und davon etwa 2 Millionen Tonnen einfuhrte, so scheint die Hoffnung, daß bei einem Gesamtimport von 19 Millionen Tonnen bei einigem guten Willen ausseren Amerikas auch das für uns erforderliche Quantum abfallen wird, als vollaus berechtigt.

Die Einfuhr von Roggen kann aber, zumal da die Vereinigten Staaten in der Zeit von 1914 bis 1918 ihre Roggenproduktion von 1 auf 2 Millionen Tonnen gesteigert haben, leicht erhöht werden. Auch an Mais und Gerste sollen in Süd- und Nordamerika große Mengen der Ausfuhr harren, und die Preise dafür, sowie für Weizen haben neuerdings keine irgendwie ins Gewicht fallende Steigerung erfahren. Wäre die Börse nicht davon überzeugt, daß das Getreideangebot zur Deckung des Weltbedarfs tatsächlich ausreichte, so würde wohl sicher ein kräftiges Anziehen der Preise festzustellen sein. Die zur Einberufung unserer Not hinerückenden Weizen- und

Getreidevorräte sind also vorhanden. Es bleibt nun die Sache eines einmütigen Vorgehens der Regierung und des ganzen Volkes, um dieselben in zielbewandter Weise zu erschließen.

Politische Tageschau.

Der Thronverzicht des deutschen Kronprinzen.

Der Wortlaut der in Berlin eingetroffenen Verzichtsurkunde des deutschen Kronprinzen hat folgenden Wortlaut: „Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es aufgrund der Thronerfolge seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Grunde, zustehen mögen.“

Ein Bekenntnis des Prinzen Heinrich von Preußen.

Prinz Heinrich von Preußen veröffentlichte in der „Arenzzeitung“ eine Rundgebung an alle Familienmitglieder des königlich preussischen Hauses, in der es nach Hinweis auf den Erlass des Königs vom 23. November heißt: „Nicht nur steht es nunmehr jedem frei, sich im Staatsdienst nach besten Kräften zu betätigen, sondern wird dies zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienen, auch handeln wir im Sinne unseres Königs, der in seinem Thronverzicht vom 23. November ausdrücklich auf die Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes hinweist. Als Senior der zurzeit in Preußen und dem Reich wohnhaften Mitglieder des preussischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, die ich unter dem Druck der Verhältnisse anerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs gebunden erachte und alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schäden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektlos anerkenne. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preussischen Hauses zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Gesinnung.“

Keine Internierung der Armeemadonnen.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission hat durchgesetzt, daß von einer Internierung der Heeresgruppe Madonnen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Ein Antrag auf Verhaftung Hindenburgs.

Auf der Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte des 19. Armeekorps verlangte ein Antrag Seger, daß das Große Hauptquartier aufzulösen und Hindenburg zu verhaften sei. Der Antrag wurde, trotzdem zwei Vertreter aus Chemnitz verweigerten, Hindenburg zu verteidigen, gegen einige Stimmen angenommen. Natürlich wird er nicht ausgeführt.

Die Freiheit der Presse!

Der „Vorwärts“ schreibt: Die A- und S.-Räte an mehreren Orten haben sich leider zu einer Überschreitung ihrer Befugnisse gegenüber den Zeitungen hinreichend lassen. Sie haben den vorrevolutionären Gewalt aber auch den Zensur abgedeutet und gefährdet die Freiheit der Presse und der öffentlichen Meinungsausprägung. Davon sollten sie aber im Interesse des Ansehens der Revolution die Finger lassen. Was wir früher bekämpft haben, die Anebelung des freien Wortes, muß auch heute noch bekämpft werden. Jede Zensur der Presse ist unwürdig und schadet in erster Linie dem Zensur. Nach dem Eingriff des A- und S.-Rates in Halle an die dortige „Saalezeitung“ liegen jetzt Nachrichten vor, daß der A- und S.-Rat in Düsseldorf eine Zensur über die „Düsseldorfer Nachrichten“ ausübt. Ähnliches wird auch aus Schwerin gemeldet. Solche Zensurmaßnahmen sind nicht nur verdammungswürdig, sondern auch dum. Die Nachahmung reaktionärer Gewaltmethoden schädigt uns und schändet die Revolution.

Unrechtmäßige Eingriffe in Zeitungsbetriebe.

In letzter Zeit haben sich die Klagen über unrechtmäßige Eingriffe in bürgerliche Zeitungsbetriebe gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingeschritten worden. Den daran beteiligten A- und S.-Räten ist, wie das W. L. B. mitteilt, kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingte Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit bestche.

Die deutsch-nationale Partei.

Der weitere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat gestern einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: „Der weitere Vorstand des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen steht der in der Bildung begriffenen deutsch-nationalen Volkspartei freundlich gegenüber und hält sie für eine geeignete Grundlage, um alle auf dem Boden von Recht und Ordnung stehenden deutschen Männer und Frauen zu einigen. Der Vorstand fordert die konservativen Organisationen und Parteimitglieder auf, sich der neuen Partei anzuschließen.“

Zugleich veröffentlicht der Vorstand der deutsch-konservativen Partei einen Aufruf, in dem es heißt: Die konservative Partei ist entschlossen, in der neuen Staatsform mitzuwirken; sie wird alle Kraft darauf verwenden, daß dem Reich so bald als möglich ein geordnetes Staatswesen gegeben werden möge, getragen von der Mehrheit der Bürger, geleitet von der Hand einer starken, zielbewußten Regierung, die unser Volk aus dem schweren Druck dieser Zeiten neuem Aufschwunge zuführt. Im vertrauensvollen Zusammenwirken mit anderen Parteien und im Rahmen der parlamentarischen Regierungsform hofft sie, dieses Ziel erreichen zu können. Zum Schluß werden eine Reihe von Programmpunkten festgelegt, wie starkes deutsches Volkstum, Schutz des Privateigentums und Erhaltung des Christentums.

Aufforderung zur Einberufung des Reichstages.

Die Deutsche demokratische Partei in Hamburg sandte an die Volksbeauftragten Ebert und Haase ein Telegramm, in dem die sofortige keine Stunde mehr aufzuschiebende Einberufung des Reichstages, der auf demokratischer Grundlage gewählten Vertretung des deutschen Volkes, mit der alleinigen Tagesordnung: Legalisierung des gelösten Zustandes gefordert wird. Nur noch die Befestigung der bestehenden Regierung als einer vom Willen des ganzen Volkes getragenen könne helfen.

Aus dem bürgerlichen Parteilager.

Die letzten Tage haben eine Klärung in der durch die Revolution veranlaßten Umwidmung der bürgerlichen Parteien gebracht. Nachdem der Versuch gescheitert ist, die nationalliberale Partei unter Einzugsziehung fortschrittlicher Kreise in eine Deutsche Volkspartei umzuwandeln und führende nationalliberale Abgeordnete sich der demokratischen Partei angeschlossen haben, werden die nichtsozialdemokratischen Parteien in drei Heerhaufen in den Wahlkampf für die Nationalversammlung eintreten: Zentrum, Deutsche demokratische Partei und Deutsch-nationale Volkspartei. Was die letztere Partei betrifft, so dürfte sich in ihr alles zusammenfassen, was nicht zum Zentrum und zu den Demokraten gehört. Auch aus der bisherigen nationalliberalen Partei steht ein nicht unwesentlicher Zugang zur Deutsch-nationalen Volkspartei zu erwarten, da fraglos nicht alle Nationalliberalen den Abmarsch in das vom „Berliner Tageblatt“ geführte demokratische Lager mitmachen werden. Die Verhandlungen zwischen den Gruppen, die den Anschluß an die Deutsch-nationale Volkspartei vollziehen wollen, sind dem Abschluß nahe.

Maximilian Harden über die innere Lage.

In einem Vortrage von Maximilian Harden warnte dieser vor Nachahmung der russischen Revolution. Wir haben keine Zentralleitung; denn die Volksbeauftragten sind nur die Vertreter eines Volksteiles. Deutschlands Lage kann immer noch schlechter werden angesichts der schweren Waffenstillstandsbedingungen und des bevorstehenden Friedens. Die Regierung habe in drei Wochen keine Besserung der Lage zu bringen vermocht. Man ist nicht bestrebt, alle Kräfte der Nation zu nutzen. Die Hauptposten der Regierung sind unzulänglich besetzt. Heute heißt es, politische Gesinnung ist alles, können ist gleichgültig. Antisemitische Strömungen sind begreiflich; denn leider sind in der Regierung die wichtigsten Posten mit Juden besetzt worden. Man hätte sich dem wirklichen Verhältnis zwischen Juden und Christen anpassen müssen. Ohne Mitwirkung aller Schichten des Volkes kann es nicht weiter gehen. — (Harden berührt mit diesen Ausführungen sehr wunde Punkte, was man ihm bei seinen Gesinnungs- und Glaubensfreunden sehr verübeln wird.)

Die Auslieferung des Goldes.

Einige Blätter haben, gestützt auf eine Meldung der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, die Meldung veröffentlicht, daß entgegen dem Artikel 18 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach das von Rußland oder Rumänien an Deutschland gezahlte Gold zurückzuerstatten sei und zwar zu Händen der Verbandsmächte, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Re-

gierung 240 Millionen Mark zurückgezahlt habe, aber nicht an die Verbandsmächte, sondern an die bolschewistische Regierung in Moskau. Dem gegenüber stellt die deutsche Waffenstillstandsabordnung fest, daß die Reichsbank auch nicht für einen Pfennig Gold an die bolschewistische Regierung hat gelangen lassen. Die Reichsbank hat vielmehr in getreuer Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages 83 536 Kilogramm Feingold im Betrag von rund 346 Millionen Mark nach Frankreich geschickt.

Geplanter Einmarsch einer polnisch-amerikanischen Armee in Posen und Schlesien.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ wird von unternommener Seite in Warschau erklärt, daß die an der Westfront stehenden polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Kommando des Generals Haller sich auf dem Wege nach Le Havre befinden, um von dort nach Danzig transportiert zu werden. Die 70 000 Mann starke Armee sei für den Einmarsch in Posen und Schlesien bestimmt. Als Hauptquartier für General Haller ist die Stadt Posen in Aussicht genommen. In der polnischen Armee befinden sich verschiedene höhere Offiziere englischer, französischer und amerikanischer Nationalität. Gemeinsam mit der Armee begibt sich eine Abordnung des polnischen Nationalkongresses in Paris nach Posen.

Eine herbe Abfuhr.

In Köln ereignete sich folgendes: Ein amerikanischer Offizier sitzt in einem Kaffeehaus. Ein Däncher tritt herein, kommt, sieht, kauft eine teure Rose und überreicht sie ihm mit „graziöser“ Verbeugung und gewinnendem Lächeln. Der Amerikaner sieht erstaunt auf, zieht dann eine Brieftasche, entnimmt ihr eine Banknote und einen Zettel, auf den er schreibt: „Nehmen Sie dies Geld und kaufen Sie Tabak oder Lebensmittel für die armen deutschen Soldaten. Deutsche Frauen, wie Sie, sind...“ Es folgt ein Ausdruck, der aus Gründen des Anstandes nicht wiedergegeben ist, der aber leider leider auch noch auf so manche unserer Frauen und Mädchen paßt.

Die Lage in den Ostseeprovinzen.

Die Lage im Baltikum hat sich folgendermaßen entwickelt: Narwa ist geräumt, die Räumung von Reval steht bevor; wahrscheinlich werden die deutschen Truppen auch in Wäde-Riga aufgeben und hinter die Düna zurückgehen. — Die deutsche Regierung hat die Republik Estland tatsächlich anerkannt. Die Republik schließt auch die baltischen Bestandteile Livlands in sich, so daß die alte deutsche Universitätsstadt in ihr Gebiet fällt. Zwischen der estnischen Republik und den Bolschewisten werden erbitterte Kämpfe ausgefochten. Die Regierung der Republik Estland hat sich noch nicht endgültig konstituiert.

Eine Rede Bonar Law.

Aus London wird gemeldet: Bonar Law sagte am Dienstag in einer Rede: Die Regierung beabsichtigt, die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu fordern und ihn vor Gericht zu stellen. Eine der Folgen des Krieges müsse sein, daß man klar zeige, daß die Männer, die die Welt in diesen Krieg gestürzt haben, um selbst Vorteile zu erringen, zur Verantwortung gezogen werden. Es sei gerecht, daß die Deutschen bezahlet, aber man müsse zuerst prüfen, wie weit die Deutschen zahlen können, ohne daß die Alliierten selbst Nachteile davon haben. Die englische Regierung habe einen Ausschuss ernannt, um diese Fragen wissenschaftlich zu untersuchen. Auch die Alliierten werden einen Ausschuss zur Prüfung der gleichen Angelegenheit einsetzen. Dann würde man Schritte tun, um diese Bezahlung zu erzwingen. England sei nicht bereit, Deutsche wieder auf englischem Boden zu begraben, und die jetzige Regierung werde nicht nur die jetzt internierten Deutschen zurückzahlen, sondern auch anderen Deutschen in Zukunft nicht erlauben, nach England zu kommen.

Wiederaufrichtung des alten russischen Reiches.

Der russische Geschäftsträger in Christiania hat der norwegischen Regierung angezeigt, daß sich unter dem Admiral Koltshak in Ufa eine neue russische Regierung gebildet habe. Ihr Ziel sei die Wiederaufrichtung des alten russischen Reiches, das auch seine finanziellen Verpflichtungen wieder aufnimmt.

Aufhebung des bulgarischen Friedens?

Die Londoner „Morning-Post“ meldet am 5. Jassig: Das rumänische Parlament ist zum 20. Dezember einberufen, um eine neue Heereskreditvorlage von 500 Millionen Ley anzunehmen und die Aufhebung des Friedensvertrages von Bukarest auszuprechen.

